

Metropolitaner als neue Bürgerform



Wie kann die Metropolregion mit Leben gefüllt werden?

Seite 3

Der Wahlkampf hat begonnen!



Vier Sonderseiten zum beginnenden Landtagswahlkampf in Niedersachsen.

Seiten 4-7

Zu Besuch bei The Greens



Down Under gegen den Klimawandel - Demonstrieren mit Australiens Grünen.

Seite 8

Sonstiges

- IGS-Protest S. 9
- Hauptsache es schmeckt S. 10
- Lindener Spezial S. 11
- Besuch bei der Üstra S. 12
- Ausbildungsplatzumlage S. 13
- und vieles mehr

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Region Hannover Grüne Seiten

Mitteilungsblatt der GRÜNEN in der Region Hannover • Oktober 2007

Das die NPD und andere Neonazis versuchen, sich bürgerlich zu geben, dabei doch provozieren und unermüdlich ihre „demokratischen Rechte“ einfordern, ist nichts neues. An Qualität gewinnt dieses Verhalten aber dann, wenn sie plötzlich klug genug agieren, um ihre Ziele auch durchzusetzen. So geschehen in Hannover. Zwar bekam die NPD am Ende nur einen kleinen fensterlosen Raum für ihren Wahlkampfauftakt zur Verfügung gestellt. Dass sich dieser Raum im Hannover Congress Centrum (HCC) befindet, führte dann aber doch zu dem, was wir am 15.9.07 und in den Wochen zuvor erlebten.

Unter dem Motto "Bunt statt Braun" und unter der Leitung des DGB fand sich ein aus rund 200 Organisationen aufgebautes Bündnis zusammen, das sich auf einen gemeinsamen Aufruf "Für Demokratie und Zivilcourage - Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus" einigte. Das gibt es selten. In Hannover bisher noch gar nicht. Ganz ohne Konflikte lief dies natürlich nicht ab. Die rechte Lokalpartei "Wir für Hannover" (WFH) wurde bereits im Vorfeld aus dem Bündnis geworfen und die Antifa bemühte sich auch um den Ausschluss des "Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge" (VDK). Nichts desto Trotz verlief die Öffentlichkeitsarbeit reibungslos. 100.000 Flyer des Bündnisses wurden unter die Menschen gebracht, die Zeitungen berichteten regelmäßig und zustimmend und auch innerhalb der teilnehmenden Organisationen fand eine enorme Werbekampagne für den großen Tag des Protestes statt. Dass die Grünen beim Thema Protest

Grüne zeigen Nazis die Rote Karte

Keinen Schritt weiter!

Zwar gelang es der NPD, sich mit ihrem Wahlkampfauftakt ins HCC einzuklagen. Mit einer beeindruckenden bunten Demonstration zeigte Hannover jedoch, dass für Rechtsradikalismus und Intoleranz kein Platz in der Stadt ist.

Ein Bericht von Pat Drenske



Ein großer Grüner Block zeigte deutlich Präsenz gegen Rechts.
Foto: Harry Hoppe

Profis sind, bewiesen Anne Dalig, Jan Haude Anja Ritschel und Pat Drenske am Tag vor der Demo, als sie es mit einer Plakataktion vor dem HCC auf die Titelseite der HAZ schafften. Doch auch sonst engagierten sich Grüne aus der Region Hannover eifrig bei der Organisation der Proteste. Es wurden Plakate und Aufkleber gedruckt, Flyer des Bündnisses brachten Grüne in allen Ecken der Region unter die Leute und die

Grüne Jugend krökelte auf dem Kröpcke symbolisch für Fair Play in der Politik.

Am Samstag, den 15. September, formierte sich dann ein ansehnlicher "Grüner Block" auf dem Opernplatz. Viele Aktive aus Stadtteilgruppen, Vorständen, Stadtrat, Regionsfraktion, Grüner Jugend und vielen weiteren Gliederungen der Grünen kamen teilweise mit der ganzen Familie

Fortsetzung: Seite 2

Liebe Freundinnen und Freunde!

Am 15. September hatte die NDP ihren Wahlkampfauftakt in Hannover.

Mit dem Bündnis „Bunt statt Braun“ hat sich ein großer Widerstand formiert und es zogen mehr als 7000 Menschen zum HCC, um dort friedlich zu demonstrieren, dass Hannover dieses gefährliche Gedankengut auf das Heftigste ablehnt. Mich freut an dieser Aktion besonders, dass viele junge Menschen dabei waren. Auch unsere Grüne Jugend war stark vertreten! Unsere Geschäftsführer haben mit einem Banner und aussagekräftigen Aufklebern unsere Position als eine Partei, die Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit ablehnt, unterstrichen.

Leider waren auch auf Seiten der NPD viele junge Menschen dabei, um sich die menschenverachtenden Botschaften anzuhören. Was können wir dagegen tun?

Es ist unsere Aufgabe als PolitikerInnen durch fortwährende und intensive Aufklärung dafür zu sorgen, dass sich das braune Gedankengut nicht weiter ausbreiten kann. Dazu gehört auch Null Toleranz gegenüber konservativen PolitikerInnen, die Übergriffe auf AusländerInnen und Menschen am Rande der Gesellschaft verharmlosen. Jeder Angriff auf einen Menschen, gleich welcher Hautfarbe und Abstammung, ist zuviel und gehört aufs schärfste geahndet! Denn auch wir sind in jedem anderen Land AusländerInnen.

Anne Dalig,
Regionsvorsitzende



zum Treffpunkt, um gemeinsam gegen Rechts zu demonstrieren. Auch die zweifelsohne jüngste Demonstrantin und gleichzeitig Grünen-Sympathisantin, die neun Monate alte Lina Friederike, war im Grünen Block dabei.

Insgesamt waren es 7000 Menschen, die mit Musik, Seifenblasen und vielen humorvollen Aktionen quer durch die City bis zum HCC zogen. Es war ein gute-Laune-Marsch. Wer dieses Treiben vom Rand aus beobachtete, musste zwangsläufig feststellen: Der Demo-Zug war tatsächlich bunt. Junge und alte, Männer und Frauen, schwarz verummte und Hippies, Punks und Schlipsträger. Zwischendurch dann immer wieder Grüne. Durch das Verteilen von rund 1000 Aufklebern mit dem Slogan "Keine Stimme für Neonazis" waren wir überall vertreten. Sogar im schwarzen Block fanden sich einige, die sich den Aufkleber inklusive Grünen-Logo auf den Kapuzenpulli geklebt hatten.

Forderungen nach NPD-Verbot

Am HCC wurden wieder einige Reden gehalten. Auffällig war die breite Fürsprache für einen erneuten Versuch, die NPD zu verbieten. Sowohl Gewerkschafter als auch Landesbischöfin Margot Käßmann sprachen sich dafür aus, der NPD den rechtlichen Boden für weitere Veranstaltungen dieser Art zu entziehen. Immer wieder wurden die Demonstrierenden für ihr Engagement gelobt und immer wieder war davon die Rede, wie peinlich klein die Veranstaltung der NPD eigentlich war – hatten sie doch im gesamten Bundesgebiet für ihr Anliegen geworben und es trotzdem nicht geschafft, mehr als 550 national Gesinnte nach Hannover zu locken. Und wie viele von den BesucherInnen eventuell auch noch Linke waren, die sich einfach mal "umschauen" wollten, wird wohl ein Geheimnis bleiben.

Kurz vor Ende der Kundgebung wurde neben dem HCC dann noch ein sehr erfolgloser Durchbruchversuch vom schwarzen Block gestartet. Man baute sich auf Straße und Eisenbahnschienen auf, zog die Schals bis über die Nase und griff einige der Steine aus dem Gleisbett. Angeblich waren an dieser Seite des Gebäudes

zuvor einige Nazis angekommen. Sehr schnell wurde hier allerdings klar, dass der Versuch sinnlos sein würde und spätestens als sich einige der Demo-Ordner einfach zwischen Autonomen und Staatsmacht aufbauten, war klar, dass es keinen Durchbruch geben würde. Gut so. Denn die Zufahrt zum HCC für die NPD war genau auf der anderen Seite, wie sich später herausstellte.

Weitere Versuche, an die Veranstaltung heranzukommen, verliefen ebenso erfolglos. Fast schon routinemäßig startete nach Beendigung der Kundgebung eine Art Volkslauf quer durch das Zooviertel. Nachdem diese Pfadfinderei wie üblich durch Gärten, Hinterhöfe, über Spielplätze und durch enge Straßen verlief, endete der Weg aber immer wieder an Straßen, die von der Polizei abgeperrt waren.

Es war also alles in allem eine sehr gelungene Veranstaltung. Denn dass die Nazis sich in einem kleinen Raum herumdrücken, von allen Seiten belächelt werden und inhaltlich sicher nichts neues zustande gebracht haben, lässt auch den Wahlkampfauftakt der NPD ein Gewinn sein für alle, die später noch bei Sonnenschein und guter Musik das "Fest für Demokratie" auf dem Trammplatz begingen.

Und allen, die meinen, Nazis solle man lieber ignorieren, sei folgendes gesagt: 7000 Menschen haben gemeinsam gezeigt, dass Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus in unserer Region keine Chance haben. Diese Menschen sind Bestandteil einer Gesellschaft, die sich nicht von Neonazis unterkriegen lässt und die weiß, wie wichtig Eintreten für andere ist.

Wenn Nazis, egal ob alte oder neue, keine Gegenwehr mehr erfahren, dann hat sich die Gesellschaft ergeben. Und dann haben die NPD und andere die Möglichkeit, in Räte und Parlamente zu kommen und dort ihren Unfug zu verbreiten. Doch wir wollen Nazis nicht in Parlamenten und Räten. Wir wollen Nazis auch nicht im HCC oder sonstwo in Hannover oder Niedersachsen. Wir sagen: "Nazis Raus!" - Auch bei der nächsten Demo wieder.

Pat Drenske

patrick.drenske@gj-nds.de



Metropolitane als neue Bürgerform

Einheitlicher Verkehr als Ziel der Metropolregion
Von Annika Fischer



Die Stadt als Anziehungspunkt in einer Metropolregion: Vernetzung mit dem ländlichen Raum für das Regionsbewusstsein. Foto: A. Fischer

Frägt man Menschen nach ihrer Heimat, kommen je nach Gusto die unterschiedlichsten Antworten. Das Spektrum der Auskünfte reicht vom Heimatland über das Heimatbundesland bis hin zur Heimatstadt. Kaum vorstellbar, dass ein in Leipzig Geborener mit „Sachsendreiecker“ oder ein gebürtiger Hannoveraner mit „Metropolitane Hannover-Braunschweig-Göttingen“ antwortet.

Für die Raumplanung sind Metropolregionen als „Motoren der gesellschaftlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung“ sehr wichtig. Inwiefern sich die Entwicklung einer Metropolregion auf deren Umgebung auswirkt, diskutierten Fachleute auf der wissenschaftlichen Plenarsitzung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) im Juni dieses Jahres. Mit Blick auf die Metropolregionen in Deutschland gibt der Vizepräsident der ARL, Hans H. Blotvogel, zu bedenken: „Keine der deutschen Metropolregionen erreicht den Rang wie

London oder Paris.“ Allerdings bieten sie für Bernd Steinacher, dem Präsidenten des Network of European Metropolitan Regions and Areas, eine Vernetzung von ländlichem Raum und dem infrastrukturellen Angebote der Stadt. Dieser Vernetzungsgedanke ist ein Schwerpunkt der jüngsten Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen. Diese wurde vor zwei Jahren vom Bund als eine der elf deutschen Metropolregionen anerkannt.

Katja Busch, Referentin der Regionsfraktion Bündnis90/Die Grünen, setzt sich mit ihren Parteikollegen seit Beginn der Metropolregionsgründung dafür ein, dass die Grünen sich aktiv an diesem Themenfeld beteiligen. „Wir müssen die Metropolregion auf jeden Fall begleiten, um unsere Forderungen, wie beispielsweise den Klimaschutz, zu verankern“, begründet sie das Engagement der Grünen. Mit dem Begriff Metropolregion ist Busch unzufrieden. „Das Wort ist eher abstrakt, der Bürger kann damit nichts anfangen.“ Für Busch liegt

das Ziel der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen vor allem darin, im Wirtschafts- und Machtraum Europa nicht abgehängt zu werden. Matthias Bode, seit Juli einer der drei Geschäftsführer der Metropolregion, sieht den Kontext für die Wirtschaft eher regional. Für Bode könnte die Metropolregion Vorteile bei der Anwerbung von Firmen und Fachkräften bringen, da nicht jede Stadt für sich allein wirbt, sondern die Potentiale der gesamten Region ausgeschöpft werden könnten.

Nicht für die Wirtschaft, sondern für den Bürger ist ein konkretes Projekt der Metropolregion: Das so genannte Metropolticket. Ulrich Kegel vom Zweckverband Großraum Braunschweig erklärt die Notwendigkeit des Tickets: „Ein Hannoveraner, der zum Braunschweiger Rathaus fährt, kann problemlos mit dem Niedersachsenticket der deutschen Bahn auch Bus und Straßenbahn nutzen. Fährt ein Hannoveraner nach Celle zum Rathaus, ist am Bahnhof Schluss. Es müssen zusätzliche Tickets gelöst werden.“ Kegel wünscht sich, dass innerhalb der Metropolregion ein einheitliches Preissystem möglich ist. „Es gibt große Schwierigkeiten durch die Umbruchsituation im öffentlichen Nahverkehr“, bedauert der Diplom-Geograph. Seiner Meinung nach sollten im Rahmen der Metropolregion Gespräche mit der Bahn initiiert werden. Er weiß: „Es gibt bundesweit vergleichbare Situationen und die Deutsche Bahn zeigt sich gesprächsbereit.“ Wichtig sei auch die Regelung für die Mitnahme von Fahrrädern. Neben den unterschiedlichen Preisen, sieht Kegel vor allem in ländlichen

Räumen Probleme. „In weiten Landesteilen gibt es in den Bussen keine Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder.“ Mit dieser Problematik beschäftigt sich auch ein anderes Projekt der Metropolregion – die Radverkehrsstrategie.

Kegel betont den Konzeptcharakter der Projektgruppe: „Die Metropolregion empfiehlt, sie selbst wird keinen Radweg bauen.“ Ein beauftragtes Ingenieurbüro erstellt eine Liste mit Lücken im Radwegenetz der Metropolregion. „Lücken sind zwischen jedem Landkreis und zwischen den Städten“, erläutert Kegel. „Die einzelnen Gebietskörperschaften haben nicht an die Verknüpfung mit den Nachbarn gedacht, es sei denn als touristische Route.“ Im Celler und Nienburger Raum hingegen gäbe es gut ausgebaute Radwanderwege und eine gute Vermarktung. „Allerdings hapert es mit der Alltagstauglichkeit für Berufstätige“, bemängelt der Braunschweiger. Auch in der Region Hannover sei viel für die Radfahrer getan worden. Im Gegensatz beispielsweise zu Braunschweig müsse für Fahrräder in den öffentlichen Verkehrsmitteln kein Ticket gelöst werden. Kegel fordert: „Eine einheitliche Preisgestaltung und gleiche Bedingungen in der Metropolregion.“

Vielleicht trägt dies ja dazu bei, dass die Bewohner der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen sich nicht nur als Bürger der jeweiligen Heimatstadt, sondern auch als Metropolitaner sehen.

Annika Fischer
annikafischer@
hotmail.com



Umwelt AG besichtigt Stadtpark

Die AG Umwelt und Energie traf sich am 30. August im Stadtpark Hannover. Herr Bonk vom Fachbereich Umwelt und Stadtgrün, führte uns rund zwei Stunden durch alle Sehenswürdigkeiten. Der Stadtpark entstand bereits 1914 im Zusammenhang mit der damaligen Stadthalle, dem heutigen HCC. Der Park ist durch seine Mischung verschiedener Gartenstilrichtungen des 20. Jahrhunderts sehr interessant und denkmalgeschützt. Weitgehend erhalten ist das Gelände

der ersten Bundesgartenschau in der jungen Bundesrepublik im Jahr 1951. Abwechslung bieten Gehölze, Schatten- und Sonnenstauden, der Wassergarten, ein Rosengarten und ein nach den Regeln der japanischen Gartenkunst 1996 angelegter Teegarten, in dem die aus der Partnerstadt Hiroshima stammende Teezeremonie vollzogen werden kann. Ein Besuch ist also zu empfehlen. Der Stadtpark ist auch als Veranstaltungsort im Rahmen der Gartenregion 2009 vorgesehen.

Kommentar

Metropolregion braucht kreative Kräfte

Schleppend bewegt sich die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen derzeit vorwärts. Noch verhält sie sich viel zu introvertiert. Dabei sind die Ansätze vielversprechend und die Grundideen fruchtbar.

Strukturell laufen die Handlungsstränge bisher nur durch die Hände von Verwaltungsleuten, die in internen Arbeitsgruppen an Vernetzungen arbeiten. Dabei wird versucht, die Wissenschaft einzubinden und man hofft auf eine Mitarbeit der Wirtschaft. Doch die Bürger der Metropolregion und ihre Vertretung, die Politik, stehen noch außen vor.

Aber die Metropolregion darf kein abstraktes, unpersönliches Konstrukt sein. Sie muss lebendig werden und das Leben der Menschen in der gesamten Metropolregion aktiv beeinflussen. Dazu braucht sie dringend die Beteiligung ihrer Bevölkerung. Gewiss sind derzeit Fragen des strukturellen Aufbaus und der ausreichenden Finanzierung zu klären. Auch gilt es, interne Arbeitsabläufe zusammenzuführen und zu harmonisieren.

Die Metropolregion darf sich dabei aber nicht in einer starren Struktur verheddern oder gar in Passivität erstarren. Sie muss eine kleine, effektive Operationsbasis schaffen, von der aus sie kraftvoll nach innen und außen wirken kann. Dafür braucht sie Projekte, deren vorrangige Entwicklung wir Grünen als wichtigste Aufgabe der Metropolregion ansehen. Eine lebendige und vitale Metropolregion muss gemeinsame Projekte für und mit den BürgerInnen entwickeln. Diese Projekte können in der Metropolregion gemeinsame, verbindende Vorteile schaffen, wie beispielsweise ein Metropolverkehrsticket. Andererseits sollen sie nach

außen ein eindeutiges Profil der Metropolregion herausarbeiten, das diese Metropolregion innerhalb der Bundesrepublik und in Europa erkennbar macht. Projekte wie die Ausdehnung der in der Region Hannover schon weit entwickelten Maßnahmen im Klimaschutz auf die gesamte Metropolregion sind dazu geeignet.

Ein metropolitanisches Bewusstsein entwickelt sich nur in und mit der Bevölkerung. Deren kreative Kräfte gilt es zu nutzen. Außerdem sind Taten und Ziele der Metropolregion weit bekannt zu machen und Vorschläge von Bevölkerung, Initiativen, Wirtschaft und Wissenschaft aufzunehmen und in sinnvolle Programme zu verwandeln.

Die drei Namensgeber der Metropolregion Hannover, Braunschweig und Göttingen müssen sehen, welchen Part sie in diesem Prozess übernehmen. Als Regionsgrüne könnten wir uns die Region Hannover mit ihrer Kooperations- und Moderationserfahrung an exponierter Stelle vorstellen, um im Besonderen die Harmonisierung von Städten und Landkreisen/Umland in der Metropolregion zu gewährleisten. Wenn sie sich dieser Aufgabe denn stellt!

Für uns Grüne heißt es, Ideen und Schwerpunkten zu entwickeln und sie in der Metropolregion zu implementieren - wie immer das neue Konstrukt der Metropolregions-GmbH, die am 1.1.2008 gegründet werden soll, auch aussehen wird.

Daran arbeitet die grüne Metropolregionsgruppe. Und wir sind überzeugt, dass gewohnt grün-kreativ Originelles und langfristig Erfolgreiches daraus entstehen wird.

Brigitte Nieße
habermann.niesse@
t-online.de



Die Landtagswahl im Januar wirft ihre Schatten voraus: Mit dem Ende der Sommerpause hat bei allen Parteien der Wahlkampf begonnen. Auf diesen Seiten erfahrt Ihr deshalb alles, was Ihr über den Grünen Landtagswahlkampf in der Region Hannover wissen müsst.

Das wollen wir nach der Landtagswahl im Januar 2008 umsetzen:

1. Jetzt Energie einsparen und Erneuerbare Energie fördern

- Unser Ziel ist: Minderung des CO₂-Ausstoßes in Niedersachsen um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und um 80 Prozent bis zum Jahr 2050

- Gemeinsame Klimaschutzagentur von Land und Wirtschaft

- Sanierungsprogramm für landeseigene Gebäude auflegen und Ökostrombezug für landeseigene Gebäude

- Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung auf 40 Prozent an der Stromproduktion durch eine KWK-Ausbaukampagne gemeinsam mit Energieunternehmen, Kommunen, Wohnungsunternehmen u. a.

- Förderung der Erneuerung alter Windkraftanlagen (Repowering) und von Offshore-Windparks mit gebündelter Stromtrassenführung, die in Ballungsräumen unterirdisch geführt werden

- Förderung von Bioenergiedörfern à la Jühnde, Biomasseförderung auf Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung und Ausrichtung auf Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz

- Klima-Innovationsfonds von 150 Mio Euro in mehreren Jahren, durch Umschichtung insbesondere der bestehenden Ökofonds für Klimaschutzinvestitionen in kleinen und mittleren Betrieben und denkmalgeschützten Gebäuden

- „Ökoprotit“beratung und -förderung a la Hannover auf Landesebene

- Früheres Abschalten der Atomkraftwerke, vor allem Esenshamm (Unterweser)

- Ablehnung der geplanten Kohlekraftwerke in Stade, Wilhelmshaven und Dörpen. Stattdessen Energieeinsparung, erneuerbare Energien und kraft-wärme gekoppelte Gaskraftwerke

- Kein Atom Müll im Salzstock Gorleben, stattdessen systematische bundesweite Suche nach einem Atommüllendlager

Zehn Punkte für 2008

Am 13. und 14. Oktober wird in Oldenburg das Wahlprogramm der niedersächsischen Grünen verabschiedet. Die Grundzüge des Programmentwurfs in der Übersicht.



Landesvorsitzende Dorothea Steiner, Spitzenkandidatin Ursula Helmhold und Spitzenkandidat Stefan Wenzel bei der Vorstellung des Mottos für den Landtagswahlkampf: Jetzt. Für Morgen.

2. Jetzt in eine innovative Verkehrspolitik investieren

- Tempolimits, auf Autobahnen 120

- Kein Neubau von Autobahnen, stattdessen bessere Bauunterhaltung der Landesstraßen

- Rücknahme der Kürzung der Regionalisierungsmittel

- Landesweite Einrichtung von Umweltzonen

- Verhinderung LKW-Maut-Ausweichverkehr

- Taktfahrplan, verkehrsmittelübergreifender Tarifverbund, individuelle Mobilcard zur einfachen Abrechnung und Internet-Fahrplan- und Kundeninfos

- Bundesratsinitiative Mehrwertsteuersatz bei der Bahn halbieren, dafür Mehrwertsteuer beim Fliegen und die Besteuerung von Flugbenzin und Ticketabgabe

- Vollständiger Ausbau von Radwegen an allen Landesstraßen

- Riesen-LKW runter von der Straße, dafür Ausbau und Erhaltung des Schienennetzes für den Güterverkehr

3. Jetzt die Umwelt schützen, damit morgen die Lebensgrundlagen erhalten bleiben

- Konsequenter Schutz der Natur: 2000 Schutzgebiete

- Verbessertes Vertragsnaturschutz auf landwirtschaftlichen Flächen

- Landesweites Netz von Naturschutzstationen

- Dem Klimawandel begegnen – an den Klimawandel anpassen: keine Vertiefungen von Elbe, Weser und Ems, mehr Raum für

die Flüsse, Seedeiche um 80 cm erhöhen

- Raubbau an Bodenschätzen beenden: restliche Moore schützen und die Südhärzer Gipskarstlandschaft als Biosphärenreservat ausweisen
- Beteiligungsrechte und finanzielle Förderung der Umweltverbände wiederherstellen
- Förderung des naturnahen Tourismus statt Unsinn wie Snowdome oder Bavaria-Alm

4. Jetzt die Öko-Landwirtschaft ausbauen

- Niedersachsens Landwirtschaft muss gentechnikfrei bleiben
- Umstellungsförderung auf den Ökologischen Landbau wie in anderen Bundesländern
- Transparenz bei EU-Agrarförderung, um Fehlsubventionen zu erkennen und zu verhindern
- Die Landesforsten nach Ökostandard betreiben und nicht zugunsten des Landeshaushalts abholzen

5. Jetzt alle Talente fördern und soziale Ausgrenzung in der Schule beenden

- Bedarfsdeckende Einrichtung von Krippenplätzen
- Rechtsanspruch auf einen Ganztagskrippen- und Kindergartenplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr
- Ausbildung der ErzieherInnen auf Hochschulniveau (Bachelor)
- „Neue Schule“ statt Schwarzgelber Dreigliedrigkeit: Individuelle Förderung, Bildungswege offen halten, kein Schüler ohne Schulabschluss
- Echte Ganztagschulen schaffen flächendeckend den zeitlichen Rahmen für kreative Lernformen und intensive Förderung
- Produktionsschulen nach Hannoveraner Vorbild für gescheiterte Jugendliche
- Gebührenfreies Erststudium
- Ausbau der Studienplatzkapazitäten (Niedersachsen ist Westschlüsslicht bei Studienplätzen pro Abiturienten), 12.000 Plätze zusätzlich
- Mehr Qualität in den Bachelor- und Masterstudiengängen durch eine Erhöhung der Lehrkapazität um 15 Prozent

- Förderung innovativer Hochschulprojekte in der Lehre über einen Bildungsfond (gespeist aus den Erlösen von Verkäufen von Landesvermögen)

6. Jetzt die Armut bekämpfen

- Lernmittelfreiheit für Kinder von Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfängern
- Sozialfond für Mittagessen, Lernmittel, Beförderung etc für diese Kinder
- Erhöhung der Regelsätze des ALG II und des SGB XII entsprechend den Forderungen der Wohlfahrtsverbände um ca. 20 Prozent
- 7.000 Arbeitsgelegenheiten sollen nach Modellen aus Ostdeutschland „Bürgerarbeit zur Integration von Langzeitarbeitslosen“ bereit gestellt werden
- Statt Kombilohn bundeseinheitliche gestufte Förderung der Lohnnebenkosten in den unteren Lohngruppen
- Einführung von branchenbezogenen Mindestlöhnen, die oberhalb von Hartz IV-Leistungen liegen (unser Vorschlag: 7,50 Euro)
- Aufbau und Schaffung einer qualitativ hochwertigen wohnortnahen Pflegeinfrastruktur im ambulanten und teilstationären Bereich
- Flächendeckender Aufbau des "Persönlichen Budgets"
- Umwandlung stationärer in ambulante Plätze in der Eingliederungshilfe

7. Jetzt die Integration der Einwanderer verwirklichen

- Wahlrecht für dauerhaft hier lebende EU-BürgerInnen bei Landtagswahlen
- Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen, die hier seit 5 Jahren leben
- Ausbau des Islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache an den Schulen
- Erhalt des Muttersprachlichen Unterrichts in der Primarstufe und Ausbau in der Sekundarstufe
- Erleichterte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
- Wirksame Umsetzung der Bleiberechtsregelung an Stelle

Fortsetzung: Seite 6

Nachhaltig geht anders

Kommentar zum niedersächsischen Haushaltsplanentwurf 2008

Haushaltskonsolidierung sollte das wichtigste Projekt der jetzigen Landesregierung sein. Die Ergebnisse der Bemühungen sind allerdings ernüchternd. Seit Jahrzehnten waren die Bedingungen nicht so günstig wie heute mit 1,4 Milliarden Euro erwarteter Steuererhöhungen. Und trotzdem werden 600 Millionen Euro neue Schulden aufgenommen, um den Haushalt 2008 ausgleichen zu können. Weitere Gelder werden aus Rücklagen entnommen. In dieser Situation ist es fadenscheinig ein weiterführendes Konsolidierungsprogramm anzukündigen, das „Perspektive 2020“ heißt und erst 2010 beginnt. Allzu eindeutig ist der Bezug zur bevorstehenden Wahl und der Versuch dem Wähler eine „Katze im Sack“ zu verkaufen. Denn daraus wird klar: Weitere Einsparungen werden kommen – nur an welcher Stelle, das bleibt ein Geheimnis bis nach der Wahl.

Die schwarz-gelben „Investitionen“ sind keine Investitionen in die Zukunft! Bei der Verkehrspolitik setzt die derzeitige Landesregierung immer noch auf Großprojekte. Mehr Straßen für weniger Menschen ist eine Strategie, die weder logisch noch finanziell tragfähig ist. An die Stelle von Autobahnneubau sollte vielmehr eine überlegte Strategie des besseren Erhalts bestehender Straßen treten. Auch der Landesrechnungshof beklagt die Unterfinanzierung der Instandhaltung der Verkehrswege, warnt vor aufgeschobenen Sanierungsinvestitionen. Es ist klar, dass wir uns in Niedersachsen zukünftig vor allem dem allgemeinen Trend eines steigenden Güterverkehrs stellen müssen. Die Frage ist nur, wie wir ihn gestalten. Durch gefährliche Monster-LKW auf den Straßen und den von der

Landesregierung favorisierten kostspieligen Bau der Y-Trasse zwischen Hannover, Hamburg und Bremen oder durch die Wiederinbetriebnahme verwaister Schienentrassen.

Wenn wir weitere Vertiefungen von Elbe und Weser verhindern wollen, kommen wir um ein anderes Großprojekt, den Tiefwasserhafen, nicht herum. Der Bau kostet ohnehin ein Vermögen. Zusätzlich wird nun auch die schwarz-gelb verantwortete voreingenommene Entscheidungsfindung bei der Vergabe der Aufträge wird Haushalts-gelder verschlingen.

Es ist zynisch, die Beibehaltung der jetzigen Ausstattung der Schulen mit Lehrern trotz sinkender Schülerzahlen als Zukunftsprojekt zu verkaufen. Diese Herangehensweise basiert auf dem Glauben, die Kinder von heute könnten mit ihrem Anspruch auf Bildung ein paar Jahre warten, bis sich die Unterversorgung mit ausreichend Personal „ausgewachsen“ hat. Und das erleben wir vor dem Hintergrund, dass Unterricht in manchen Klassen aufgrund von Lautstärke und allgemeinem Konzentrationsmangel faktisch nicht mehr stattfinden kann. Sowohl familien- wie auch bildungspolitisch ist die jetzige Regelung des beitragsfreien Kindergartenjahres für Vorschulkinder ein Witz. Ein Kind sollte in Deutschland für alle Jahre vor der Schule Anspruch auf einen nicht durch die Eltern zu finanzierenden Betreuungsplatz haben. Das ist der entscheidende Garant für Chancengleichheit im Leben eines Menschen.

Mein Fazit: Nachhaltiger Umgang mit dem Kapital für unserer Gesellschaft und Wirtschaft von morgen sieht anders aus.

Maaret Westphely
maaret.westphely@
hannover-rat.de



Fortsetzung von Seite 5 von Schünemanns Abschottungspolitik

- Bargeld statt Wertgutscheine für AsylbewerberInnen

8. Jetzt die Gleichstellung voranbringen

- Mindestens die Hälfte der Regierungsposten sollen von Frauen bekleidet werden
- Gleichstellungsarbeit in den Gemeinden durch handlungsfähige Frauenbeauftragte stärken
- Potenziale von Mädchen und Frauen in Kita, Schule und Ausbildung sowie durch die Ausweitung der Pilot-Mädchenhäuser a la Hannover, Oldenburg, Osnabrück fördern und stärken
- Gewaltschutz als Pflichtaufgabe des Landes verlässlich fördern
- Wirtschaftsförderung an aktive Frauenförderung knüpfen

9. Jetzt Demokratie und Bürgerrechte ausbauen

- Keine flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Orte, keine Lauschangriffe der Privatwohnungen, keine Spitzeldienst der Hochschulen
- Mehr Migrantinnen und Migranten zur Polizei
- Schluss mit dem gescheiterten Modellversuch Bürgerstreife
- Kennzeichnung der Polizeibeamten, Polizeireform überprüfen
- Kompetenzen des Datenschutzbeauftragten als Beratungsinstanz für den öffentlichen und privaten Bereich ausbauen
- Wiederherstellung des Landesamts für Verfassungsschutz, Begrenzung der Aufgabe und strikte Trennung von Polizei und Verfassungsschutz
- Wiedereinführung des bürgerfreundlichen Widerspruchsverfahrens
- Statt Knastüberbelegung - Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit
- Ausbau des Offenen Vollzugs und konsequente Haftvermeidung

- Landesweites Bildungs- und Informationsprogramm gegen Rechts

- Keine Privatisierung der Kernbereiche der Daseinsvorsorge (Wasser und Müll)

- Bürgerentscheide erleichtern und Entscheidungsthemen erweitern

- Absenkung der achtjährigen Amtszeit der Hauptverwaltungsbeamten auf fünf Jahre analog der Wahlperiode der Räte

- Wiedereinführung der Öffnungszeit für Einkaufszentren auf grüner Wiese 6-20 Uhr

10. Jetzt den Landeshaushalt sanieren

- Abschaffung der Schattenhaushalte und Buchungstricks
- Landeshaushalt ohne Neuverschuldung
- Umgestaltung des Landeshaushalts zu einem transparenten Bürgerhaushalt mit neuen Bürgerbeteiligungsverfahren
- Verbesserung der Einnahmen durch eine Stärkung der Steuerprüfung und -fahndung und über eine Reform der Erbschaftsteuer
- Weitere Konsolidierungsmaßnahmen über eine bessere Organisation der Landesverwaltung und die Auflösung der Regierungsvertretungen
- Einheitliches Dienstrecht für Beamte und Angestellte mit einer Annäherung der Arbeitsmodalitäten und der Bezahlung

Der Wahlkampf-Terminkalender für die Grüne Region Hannover

13./14. Oktober

LDK zum Wahlprogramm in Oldenburg

15. Oktober

Diskussionsveranstaltung zum Energiekonzept der Bundestagsfraktion in Hannover

23. Oktober

Offenes Wahlkampftreffen des Grünen Regionsverbands im Senior-Blumenberg-Gang 1: Schwerpunkt Finanzierung

Anfang November

An zwei Tagen verteilen KandidatInnen an Stadtbahn/S-Bahn im morgendlichen Berufsverkehr Hörnchen mit grüner Argumentationserviette

9. November

Präsentation der landesweiten Wahlkampagne

13. November

Offenes Wahlkampftreffen des Grünen Regionsverbands im Senior-Blumenberg-Gang 1: Schwerpunkt Vorstellung der Wahlkampflinie

23. - 25. November:

BDK in Nürnberg

27. November

Offenes Wahlkampftreffen des Grünen Regionsverbands im Senior-Blumenberg-Gang 1: Schwerpunkt Wahlkampftraining

6. Dezember

Grüne Nikoläuse verteilen Öko-Süßigkeiten

8. und 15. Dezember

Flohmarktstand der KandidatInnen mit gesammeltem grünem Trödel für eine grüne Weihnachtshilfsaktion.

11. Dezember

Offenes Wahlkampftreffen des Grünen Regionsverbands im Senior-Blumenberg-Gang 1

8. Januar

Offenes Wahlkampftreffen des Grünen Regionsverbands im Senior-Blumenberg-Gang 1

16. Januar

Pokern um den Klimaschutz mit Jürgen Trittin in Hannover

24. Januar

Abschlussaktion der Landespartei in Hannover

27. Januar

Landtagswahl
Abends: Wahlparty

Dies ist eine kurze Übersicht über bereits feststehende Termine. Der Terminkalender wird ständig erweitert. Genauere Informationen sowie weitere Aktionen und Termine erfährt Ihr rechtzeitig im Grünen Regions-Newsletter und unter www.gruene-hannover.de.

Tu Gutes: Werd' die alten Schätze los!

Für einen Stand auf dem hannoverschen Flohmarkt im Dezember suchen die Grünen Kandidatinnen und Kandidaten noch Trödel. Guck doch mal in Deinen Keller oder auf den Dachboden, was Du an verborgenen Schätzen hast und trenn Dich davon. Wirf Ballast ab und hilf unseren KandidatInnen beim Wahlkampf. Und nicht nur denen: Der Erlös des Standes geht an einen guten Zweck!

Wer etwas abzugeben hat, schickt einfach eine E-Mail mit einer Beschreibung der Schätze an guenther@gruene-hannover.de



Jetzt handeln für morgen!

Von Spitzenkandidatin Ursula Helmhold



Liebe Freundinnen und Freunde,

die kommenden Monate werden es entscheiden: Kann Schwarz-Gelb in Niedersachsen abgewählt werden? Noch scheint Ministerpräsident Wulff fest im Sattel zu sitzen, sein Konkurrent von der SPD scheint im Walde zu pfeifen. Aber erinnern wir uns: Noch im September 2002 kam die Gabriel-SPD großspurig daher. Und bis zur Wahl im Februar 2003 sah dann alles anders aus.

Für uns heißt das: Wir müssen kämpfen. Unsere Ausgangslage ist gut: Grüne Inhalte sind derzeit Megathema. Und wir werden die drängenden Zukunftsthemen nicht denen überlassen, die jahrelang geschlafen haben und jetzt ihr grünes Mäntelchen entdecken.

Nur Grüne sind die Garanten für konsequenten Klimaschutz:

Mit regenerativen Energien und konsequenter Energieeinsparung statt neuen Kohlekraftwerken und Atom. Der Ungerechtigkeit des niedersächsischen Schulsystems begegnen wir mit einer neuen Schule, die jedes Kind fördert und nicht aussortiert. Wir akzeptieren nicht, dass in Niedersachsen die Kinder nach der vierten Klasse getrennt werden

und Herkunft über Bildungschancen entscheidet. Und auch nicht, dass jedes Jahr Tausende Kinder eine Gesamtschule besuchen wollen und abgewiesen werden. Und mit der Abschaffung der Studiengebühren sorgen wir dafür, dass alle studieren können.

Unter der Regierung Wulff ist die Armut in Niedersachsen gewachsen. Kinder werden aus Geldmangel von der Ganztagsbetreuung an Schulen abgemeldet und können sich das Schulmaterial nicht leisten. Mit unserer Forderung nach einem Sozialfonds des Landes für arme Kinder, nach einem gerechten Mindestlohn und angemessenen Kinderregelsätzen wollen wir jetzt die Kinderarmut bekämpfen, damit unsere Gesellschaft auch morgen noch zusammenhält. Wir fordern gerechte Teilhabechancen für alle, wir fordern eine humane Flüchtlingspolitik und eine Frauenpolitik, die jenseits der Familienpolitik stattfindet.

Wir werden für unsere grünen Inhalte werben. Wir werden gebraucht. Nur Grüne sind Garanten für konsequenten Klimaschutz, für eine bessere Bildung und soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen.

Niedersachsen hat Besseres verdient als diese Regierung. Niedersachsen braucht Grüne: JETZT. FÜR MORGEN.

HelferInnen gesucht!

Offene Wahlkampftreffen

Zur Planung und Koordination des Wahlkampfes treffen sich die KandidatInnen der Region regelmäßig mit freiwilligen WahlkampfhelferInnen und VertreterInnen des Regions- und Stadtvorstands und der Ortsverbände und Stadtteilgruppen. Vor allem Freiwillige kann es dabei gar nicht genug geben. Es sind alle willkommen, die ihre Ideen und ihre Tatkraft einbringen möchten.

Die nächsten Wahlkampftreffen finden am 23.10., 13.11., 27.11., 11.12.2007 und 08.01.2008, jeweils um 18:30 Uhr im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, statt.

Deister-Waldfest

Wahlkampfauftakt in der Region: Am 22.09.2007 trafen sich Grüne und weitere Interessierte im Deister mit grünen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für den nächsten Landtag - im Wald, an der Freilichtbühne und zum gemütlichen Abschluss im Zechensaal



LandtagskandidatInnen unter sich: Enno Hagenah, Ursula Helmhold, Hannelore Heidecke, Michael Horn, Miriam Staudte (von links).

An diesem schönen sonnigen Nachmittag kamen Interessierte zusammen, um sich die Waldschäden im Deister anzusehen, die insbesondere durch den Sturm Kyrill im Januar diesen Jahres entstanden waren. Bernd Kerber, Vorsitzender des Vereins Naturlandschutz Deister, Michael Barth, Umweltsachbearbeiter der Stadt Barsinghausen und Brigitte Nieße, Vorsitzende des Umweltausschusses der Region Hannover und Vorstandsmitglied der Regionsgrünen, informierten die TeilnehmerInnen zudem über Natur- und Landschaftsschutz, Klimaschutz und umweltschonenden Tourismus. An der Deister-Freilichtbühne erläuterte Herr Großestrangmann vom Verein

der Bühne die großen Probleme, die von den Mitgliedern des Freilichttheaters im Zuge der Sturmschäden bewältigt werden müssen. Hannelore Heidecke, Direktkandidatin für den Landtag im Wahlkreis 34, übergab im Namen des Ortsverbands Barsinghausen von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN eine Spende von 300 Euro, um dazu beizutragen, die Wiederaufforstung im direkten Umfeld der Bühne zu ermöglichen. An dieser Stelle konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerdem die angebotenen leckeren Kuchen und Getränke genießen. Der politische Abschluss fand im Zechensaal in Barsinghausen statt. In Anwesenheit von Miriam Staudte und Enno Hagenah (Listenplätze 3 und 4 der Grünen) stimmte die Spitzenkandidatin zur kommenden Landtagswahl im Januar - Ursula Helmhold - auf den kommenden Wahlkampf ein, der unter dem Motto steht: JETZT. FÜR MORGEN.

Kinder konnten sich Laternen basteln und bei weiteren Spielangeboten vergnügen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig: Das war ein gelungener Nachmittag!

Hannelore Heidecke
huh.heidecke@freenet.de



US-Überwachungspraxis kein Vorbild für Europa!

Zur Forderung des EU-Kommissars Frattini für einen Flugpassagierdaten-Austausch innerhalb der EU nach dem Vorbild des Passagierdaten-Abkommens mit den USA erklären Silke Stokar und Omid Nouripour: Frattini spielt den Schutz vor Terror gegen den Schutz der Privatsphäre aus. Er läuft damit Gefahr, das Vertrauen der EU-Bürgerinnen und -Bürger zu verspielen. Mit seinen Plänen zum Sammeln und Austauschen von Passagier-Daten nun auch innerhalb der EU nimmt er sich die Datensammelwut der USA zum Vorbild. Er stößt damit das Europäische Parlament und die europäischen Datenschützer vor den Kopf, die das mit den USA ausgehandelte Abkommen scharf kritisieren. Das Abkommen mit den USA wurde als großer Verhandlungserfolg zelebriert. In Wirklichkeit ist es ein Datenschutz-Gau. Die Datenschutzprinzipien der Konvention 108 des Europarats und der EG Datenschutzrichtlinie werden nicht ausreichend beachtet. Zu viele Daten werden zu vielen Behörden für zu lange Zeiträume für zu viele Zwecke überlassen. Wenn die EU so mit den persönlichen Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger umgeht, verunsichert sie die Menschen und weckt erhebliche Zweifel daran, ob sie innerhalb der EU mit den Privatdaten gewissenhafter umgehen wird.

Sicherheitszentrum der Bahn und des BMI: Antrag auf Akteneinsicht

Die gemeinsame Sicherheitszentrale der Deutschen Bahn AG und des Bundes entzieht sich weitgehend der parlamentarischen Kontrolle. Erfahrungsberichte über die gemeinsamen Streifen von privatem Sicherheitsdienst und Bundespolizei liegen dem Bundestag genauso wenig vor wie eine Auswertung der Videoüberwachung. Bereits Anfang Juli haben wir nach dem Informationsfreiheitsgesetz Einblick in die geheimen Vertragsunterlagen beantragt. Eine Antwort des BMI liegt noch nicht vor. Das BMI muss den Nachweis

erbringen, dass die Übertragung von Sicherheitsaufgaben an Private nicht zu gefährlichen Sicherheitslücken führt. Kritisch sehen wir auch den geplanten Rückzug der Bundespolizei aus den kleineren Bahnhöfen, wie er im Feinkonzept der Reform der Bundespolizei deutlich wird.

Schäuble fehlt der Mut zu Reformen im Beamtenrecht

Nach der Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Regelung wirkungsgleich auf das Beamtenrecht übertragen wird. Die große Koalition muss allerdings die Frage beantworten, ob es ähnlich wie im Tarifbereich Sonderregelungen für bestimmte Berufsgruppen geben soll. Polizeibeamte im Schichtdienst werden kaum bis 67 im Einzeldienst oder bei Demonstrationen eingesetzt werden können. Auf einen Gesetzentwurf aus dem BMI zu nachhaltigen Reformen im Beamtenrecht müssen wir offensichtlich noch länger warten. Das noch von Otto Schily, dem dbb und ver.di vereinbarte Eckpunktepapier mit nachhaltigen Reformansätzen verstaubt in Schäubles Schublade. Dem Bundesinnenminister fehlt ganz offensichtlich der Mut zu umfassenden Reformen. Zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit gehört ein Konzept für lebenslanges Lernen im öffentlichen Dienst genauso wie eine Reform der Laufbahnverordnung und eine leistungsgerechte Bezahlung. Wir begrüßen die von dbb und ver.di angekündigte Image-Kampagne für den öffentlichen Dienst. In der Tarifeinwanderung 2008 darf es nicht nur um Einkommen gehen. Wir erwarten auch eine neue Initiative für inhaltliche Reformen.

Politische Bildungsfahrt nach Berlin

Die nächste politische Bildungsfahrt nach Berlin findet im Frühjahr 2008 statt, bei Interesse meldet euch bitte im Wahlkreisbüro an.

Eure Silke Stokar
silke.stokar@wk.bundestag.de
Tel.: 0511 30 66 52



The Greens

Ruth Wenzel, Ronnenberger Stadträtin, besuchte Australiens Grüne



Ruth Wenzel (3. v. links) auf einer Demonstration der australischen Grünen in Brisbane. Foto: Inken Schmersow

Für THE GREENS in Australien gibt es viel zu tun. Nicht nur der Umgang der Howard-Regierung mit den Flüchtlingen oder mit den indigenen Völkern fordert massiven Protest heraus, sondern auch eine Umweltpolitik, die auf Steinkohle setzt. Kohle hat einen Anteil von bis zu 80 Prozent am heimischen Energieverbrauch. Australien hat das weltweit viertgrößte Vorkommen an Steinkohle, eine massive Erhöhung der Förderung ist geplant. Das Geschäft mit der Kohle boomt. Kein Land der Welt produziert pro Kopf so viele Treibhausgase wie Australien. Klimawandel als Export, so bezeichnete es ein australischer Umweltschützer. Folgerichtig gehört Australien neben den USA zu den Verweigerern des Kyoto-Protokolls. Aber in der Bevölkerung findet allmählich ein Umdenken statt, das sich auch in den zunehmenden Wahlerfolgen der Grünen widerspiegelt. Sie sind im Senat, dem australischen Oberhaus, vertreten. In einigen Bundesstaaten und Territorien gibt es Grüne Abgeordnete.

Ein Land, das so viel Sonnenschein hat, müsste mit Solaranlagen nur so übersät sein. Das Gegenteil ist der Fall.

Es gibt immer wieder Probleme mit dem Trinkwasser: Die Reserven sind durch heiße Sommer und das Ausbleiben von Regen auf ein Minimum reduziert. So war das Trinkwasserreservoir für Brisbane im August 2007 bis auf 17 Prozent zusammengeschrumpft.

Neben der Förderung von Steinkohle spielt der Uranabbau eine große Rolle. Die meisten Vorkommen liegen in Landschaften, die den Aborigines gehören. Zur Zeit versucht die Regierung durch einen Trick, das Land zu erwerben: Sie pachtet es für 99 Jahre und dann erhalten es die Eigentümer zurück. Sollte dieses Vorgehen keinen Erfolg haben, so werden wie in der Vergangenheit geschehen die Gesetze geändert. Die Auswirkungen dieses Vorgehens bedeuten für die indigenen Völker die Zerschlagung ihrer Gemeinschaften und ihrer Kultur.

Auch das Geschäft mit dem Uran zeigt, dass globales Denken und Vernetzung notwendig sind: Gerade haben Australien und Russland einen Vertrag zur Uranlieferung unterzeichnet. „Angesichts der zu lösenden Probleme müssen wir mehr VertreterInnen in den Parlamenten haben“, meinte ein Grüner, den ich auf einer Demonstration gegen den Climate Change sprach. Im australischen Sommer gibt es die nächsten Regional-Wahlen in Queensland und THE GREENS hoffen, so viele Stimmen zu erreichen, dass sie auch hier endlich eine Abgeordnete entsenden können. „Deutschland ist unser großes Vorbild“, gab mir mein Gesprächspartner noch mit auf den Weg zur Demonstration.

Ruth Wenzel
r.wenzel@comlink.org



Schwarz-Gelb lässt Bildung schwinden!

Protestaktion gegen Neugründungsverbot von Gesamtschulen



Regine Kramarek, Enno Hagenah und Pat Drenske vor der IGS List.

Am Mittwoch den 5. September, haben die hannoverschen Grünen im Rahmen eines landesweiten Aktionstags um 11:00 Uhr vor der IGS Hannover-List, die mit 55 Prozent die höchste Ablehnungsquote in der Landeshauptstadt hat, gegen das Neugründungsverbot von Gesamtschulen protestiert. Enno Hagenah, MdL und grüner Spitzenkandidat der Region Hannover bei der Landtagswahl 2008, und Regine Kramarek, schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion, ließen zusammen mit weiteren UnterstützerInnen 66 Luftballons in den Himmel steigen, für jeden abgelehnten SchülerInnen einen.

"Wenn 2.300 Schülerinnen und Schülern in Niedersachsen der Zugang zu einer Integrierten Gesamtschule verweigert wird, spricht dies eine deutliche Sprache zum Umgang der niedersächsischen Landesregierung mit

dem Elternwillen", sagte Enno. Regine ergänzte: "Eltern wollen keine frühe Selektion nach Klasse vier und entscheiden sich für Gesamtschulen, da ihren Kindern in diesen die Bildungswege länger offen gehalten werden."



Bündnis 90/Die Grünen ließen am 5. und 6. September für jeden fehlenden Platz in einer Gesamtschule an verschiedenen Gesamtschulstandorten einen Luftballon in den Himmel steigen.

In Hannover mussten die Integrierten Gesamtschulen List und Mühlenberg besonders viele Schülerinnen und Schüler ablehnen.

AUS DEM LANDTAG

Die vergangenen Wochen waren für den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Wirtschaftsminister Walter Hirche (66), ein wahrer Spießbrutenlauf. Der altgediente FDP-Mann muss unmittelbar nach dem gerade überstandenen Untersuchungsausschuss zu den Ursachen und Verantwortlichkeiten beim Transrapid-Unfall im Emsland schon den nächsten Untersuchungsausschuss in seinem Ressort über sich ergehen lassen. Wiederholte Verzögerungen und Fehleinschätzungen, hatten zu einer richterlichen Korrektur des Vergabeverfahrens beim Tiefwasserhafen geführt. Da wurde hinter den Kulissen offenbar massiv Einfluss auf die ursprüngliche Vergabeentscheidung genommen, Druck auf Firmen ausgeübt und verantwortliche Mitarbeiter wurden ohne nachvollziehbare Gründe ausgetauscht. Ein richtiger Wirtschaftskrimi an der Niedersächsischen Waterkant, und Hirche immer mittendrin.

Wir GRÜNEN hätten gerne auf das aufwendige und teure Instrument eines Untersuchungsausschusses so kurz vor der Landtagswahl verzichtet. Uns wäre eine eingehende Anhörung aller Beteiligten im Wirtschaftsausschuss, begleitet durch eine gründliche, aber auf 8 Wochen befristete Untersuchung der Akten durch den Landesrechnungshof lieber gewesen. Dem haben sich CDU und FDP leider verweigert. Daher blieb der Opposition nur die Einsetzung des zwanzigsten parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) seit Bestehen des Landes Niedersachsen. Obmann für die grüne Fraktion wird wieder Enno sein.

Der mehrfache grüne Einsatz für einen Sozialfond zur Unterstützung von Hartz IV-Familien mit Kindern, um Aufwendungen z.B. für Schulmittagessen, Lernmittel und Schülerbeförderung zu weiterführenden Schulen überhaupt finanziell zu schaffen, erzielt erste Wirkung. Die Wortmeldung der in Niedersachsen fast ganz entschlafenen CDU-Sozialausschüsse, nun in ihrem Landtagswahlprogramm ein zusätzliches Elterngeld von 200 Euro pro Monat aus Landes-

mitteln verankern zu wollen, ist sicher eine Reaktion auf die von uns angeprangerte soziale Schieflage in diesem Bereich. Allerdings ist der Vorschlag, wie bei der CDU oft üblich, sozial blind und extrem teuer. Weil alle Familien mit Kindern Nutznießer werden sollen, würde der Vorschlag 160 Mio Euro pro Jahr kosten. Der grüne Fonds kommt mit 5 bis 7 Mio Euro pro Jahr aus. Mit dem restlichen Geld könnten wir GRÜNE locker noch ein weiteres Kitajahr beitragsfrei stellen. Zumindest 30 Millionen Euro sollen nun verteilt auf die nächsten zwei Jahre für den ÖPNV aus Landesmitteln wegen der Kürzung der Regionalisierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der weiterhin durch die verbleibenden Kürzungen bis zum Jahr 2010 für den niedersächsischen Nahverkehr fehlenden 200 Millionen Euro ist das nicht mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Der finanzielle Ausgleich ist zu gering und wahltaktisch durchsichtig nur auf zwei Jahre befristet. Mindestens fünf Jahre müsste die finanzielle Förderung aber auf dem bis 2006 gültigen Niveau gehalten werden. Eine Finanzausstattung, die wie in Niedersachsen aus zu klein geratenen Wahlkampfgeschenken gespeist wird, kann die Anforderungen der Daseinsvorsorge und den Handlungsbedarf zum Klimaschutz in der Verkehrspolitik nicht erfüllen. Das zusätzliche Landesgeld darf nach dem Willen unserer Landesregierung allein in den Erhalt von Fahrleistungen gegeben werden, damit die Fahrgäste in den nächsten Monaten möglichst wenig von den Kürzungen spüren. Viele Kommunen, so auch die Region Hannover, werden durch die damit steigende Unterfinanzierung der kommunalen Verkehrsunternehmen erhebliche Teile der vom Land nicht gedeckten Defizite tragen. Investitionen wie die an vielen Orten überfälligen Bahnhofsmmodernisierungen oder der nötige Ankauf neuen Zugmaterials müssten weiter zurückgestellt werden.

Euer Enno Hagenah
 enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
 Tel.: 0511 3030-3308



Kombiticket fürs Steinhuder Meer

Für das Steinhuder Meer haben wir ein ÖPNV-Touristik-Kombiticket angeregt. Tourismusangebote, wie Bootsfahrten oder der Besuch von Attraktionen wie dem Dinosaurierpark sollen mit ÖPNV-Fahrkarten gekoppelt werden. Erreicht wird damit eine verbesserte ÖPNV-Anbindung besonders auch an Wochenenden. Und der Tourismus am Steinhuder Meer wird auch angekurbelt.

Klimaschutz in der grünen Metropolregion

Definitiv treffen wir uns am 17. Oktober 2007 um 17 Uhr in der Region, um zum Schwerpunktthema Klimaschutz die Aktivitäten auszutauschen und eine grüne Stoßrichtung für den Klimaschutz in der Metropolregion zu diskutieren.

Hochbahnsteig Ohnesorg-Brücke wird vorgezogen

Weil die Benno-Ohnesorg-Brücke zum Hochwasserschutz ohnehin neu gebaut werden muss, haben wir beantragt, aus Gründen der Kostenersparnis auch gleich einen Hochbahnsteig auf der Benno-Ohnesorg-Brücke zu errichten. Nach dem derzeitigen Zeitplan sollen Hochbahnsteig und südliche Brückenhälfte 2010/2011 fertig sein.

Steinhuder Meer ins Fahrtziel Natur aufnehmen

Wir schlagen vor, den Naturpark Steinhuder Meer in das „Fahrtziel Natur“ der DB aufzunehmen. Das ist eine seit 2001 bestehende Kooperation von Deutscher Bahn und Umweltverbänden, bei der sowohl Informationen über Ausflugsziele und Anreisemöglichkeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln gegeben, als auch die touristischen Qualitäten des Fahrtziels aktiv beworben werden.

Vorsorgeuntersuchungen für Kinder

In einem gemeinsamen Antrag der Gruppe SPD/Grüne, der am 11.10. im Regionsausschuss beschlossen werden soll, wird die Verwaltung gebeten, ein Konzept für eine flächendeckende Eingangsuntersuchung für Kindertagesstätten zu erarbei-

ten. Aus unserer Sicht können verbindliche Eingangsuntersuchungen im dritten Lebensjahr zu einem wichtigen Instrument bei der Früherkennung von Entwicklungsverzögerungen und damit zukünftig zu einem wichtigen Präventionsinstrument werden.

Regionsfraktion unterstützt Baukastenprojekt

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Region Hannover möchte auch für die Zukunft das Wohnprojekt des Baukasten e.V. in der Nordstadt gesichert sehen. In einer Pressemitteilung vom 11.9. äußerte sich Serdar Saris als Fraktionsvorsitzender zur derzeitigen Situation auf dem Gelände des Krankenhauses Nordstadt. Aus Sicht der Grünen Regionsfraktion stellt das seit 20 Jahren bestehende Generationen übergreifende Projekt einen wichtigen Baustein des Stadtteillebens in der Nordstadt dar. In der derzeitigen Auseinandersetzung um die Mietvertragsverlängerung für den Baukasten kann das Klinikum aufgrund bisher nicht abgeschlossener Planungen für das Klinikgelände in der Nordstadt noch keine konkreten langfristigen Aussagen treffen. Serdar wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es bei der Entwicklung des Krankenhausstandortes in der Nordstadt natürlich in erster Linie darum geht, das Gesundheitsangebot für die Bevölkerung nach Inbetriebnahme des Neubaus Chirurgie weiter zu verbessern. Dennoch kann sich die Fraktion nicht vorstellen, dass anstelle alternativer Wohnformen an gleicher Stelle beispielsweise ein Parkplatz entsteht. Der Baukasten e.V. versteht sich als ein Generationen übergreifendes unkommerzielles Projekt mit dem Ziel des selbst bestimmten gemeinschaftlichen Wohnens. Standort ist ein ehemaliges Schwesternwohnheim. Nach über 20 Jahren wurde der Nutzungsvertrag für das Haus durch das Klinikum der Region Hannover gekündigt und soll zunächst für zwei Jahre verlängert werden.

Eure Regionsfraktion
gruene@region-hannover.de
 Tel.: 0511 616 22 084

Hauptsache, es schmeckt

Eine Veranstaltung des OV Ronnenberg



Diskutierten in Ronnenberg über Ernährung: C. Bodirsky, K. Wüppen, Frau Bruchmann-Busse, E. Röhrig van der Meer, H. Remke, O. Lietz und C. Schatz-Wanek
 Foto: J. Rutzen

Im Juni klärte eine Info-Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen in Ronnenberg über gesunde Ernährung im Kinder- und Jugendalter auf. Moderiert von Charly Schatz-Wanek von den Grünen waren die ReferentInnen sehr schnell einer Meinung, dass gesunde Ernährung im Kindes- und Jugendalter vorbildlich in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen durch gezielte Maßnahmen vorgelebt und erfahrbar gemacht werden kann. Einigkeit herrschte auch darüber, dass biologisches Essen für die Kitas nicht teurer sein muss, wenn man schrittweise umstellt sowie regionale und saisonale Produkte einsetzt. Christopher Bodirsky von Slow Food gab zu bedenken, dass Essen „sinnlich erfahrbar gemacht werden muss“. Eberhard Röhrig van der Meer vom Umweltzentrum Hannover klärte darüber auf, dass Bioprodukte mittlerweile auch industriell hergestellt und über die Supermärkte vermarktet werden. Dabei könnte man gerade für die Stadtküchen gute Preise bei regionalen „Bioproduzenten“ aus der Region bekommen, zum Beispiel saisonal angebautes Gemüse. Frau Dr. Karin Wüppen, Schulärztin in der Region Hannover, wies darauf hin, dass gesunde Ernährung wichtig für die Gesundheit der Kinder und

Jugendlichen ist. Frau Bruchmann-Busse, Fachbereichsleiterin Soziales der Stadt Ronnenberg, machte deutlich, dass gesundes Essen auch etwas mit der sozialen und wirtschaftlichen Situation in den Familien zu tun hat. Olaf Lietz, GEK Hannover, beschrieb, dass es den Krankenkassen ein besonderes Anliegen ist, gerade in der Prävention Aufklärung über gesunde Ernährung im Kindes- und Jugendalter zu leisten und etwas an den langfristigen Gesundheitskosten zu tun. Hierzu werden die Krankenkassen Projekte auflegen, um besondere Maßnahmen zu finanzieren. Ökotoxikologin Heike Remke machte deutlich, wie wichtig eine ausgewogene Ernährung gerade für Kinder und Jugendliche ist. Gerade Kinder könnten durch Projekte in Schulen und Kitas, Erfahrungen in der Zubereitung und Verarbeitung von ausgewogener Ernährung machen. Bündnis 90/Die Grünen in Ronnenberg werden deshalb weiter dafür plädieren, dass die Stadtküche in Ronnenberg, welche die Kitas und Schulen bekocht, schrittweise auf biologische Ernährung umgestellt wird.

Jörg Rutzen
jrutzen@gmx.de



Lindener Spezial

Als Grüner in Linden und Limmer bewegt man sich wie ein Fisch im Wasser. Zu klären bleibt, an welcher Position der Nahrungskette sich unser Grüner Fisch befindet.



Wie ein Fisch im Wasser: Team Grün beim Leinebadetag.

Noch in der letzten Kommunalwahl konnten wir Grünen in Linden und Limmer dem Walfisch SPD einen satten Happen Wählerstimmen abjagen. Grün hat fast die 30 Prozent-Marke durchbrochen. Die SPD wäre fast in die 30 Prozent-Marke eingebrochen. Das liegt an der soliden Politik, die Grün hier als eigentlich schon etablierte Partei voran bringt, während der SPD ihr angestammtes Wählerpotential mehr und mehr abhanden kommt. So haben sich in der rot-grünen Arbeitsgemeinschaft die Gewichte etwas verschoben. An der Kooperation und der gemeinsamen Mehrheitsarbeit im Bezirksrat ändert das nichts: die SPD mit 8, wir Grünen mit 6 Sitzen stellen zusammen 2/3 der Stimmen im Bezirksrat. Andererseits stehen in Linden-Limmer soziale Fragen sehr stark im Bewusstsein, der Anteil an ALG I und II-Empfängern ist hier überdurchschnittlich. Ein Umstand, den dunkelrote Gruppierungen geschickt zu nutzen wissen. Bei der Standardarbeit, beim Kontakt mit dem Publikum sind kritische Fragen zu Hartz IV oder dem KiTa-Essengeld häufiger zu hören. Manchmal klingen die Fragen sogar vorwurfsvoll...

Aktuell beschäftigen wir uns in der Tagesarbeit vor allem die Dauerbrenner Wasserstadt Limmer, das Für und Wider der Hochbahn-

steige und die Umgestaltung des Ihmeufers. Nicht zu vergessen der Autoverkehr in der Limmerstraße, Deutschlands meistbefahrener Fußgängerzone. Die Wasserstadt Limmer wurde vor Jahren als verheißungsvolles Projekt eingeschoben: Ein Musterbeispiel für Sanierung hat sie werden sollen. Hochwertiges Wohnen, ökologisch ausgerichtet, eingebettet in ein (industrie-)geschichtliches Umfeld – das war die Vision. Doch je mehr die Idee der Sanierung von ökonomischen Interessen mit der Abrissbirne verdrängt wird, um so mehr droht die Gefahr, dass aus einem begehrten Vorzeigobjekt eine schwer verkäufliche Belastung wird.

Ein Thema im Wartestand ist die Zukunft des Freizeitheims Linden. Bereits im zweiten Anlauf versucht eine Arbeitsgruppe dem enormen Spardruck seitens der Verwaltung noch eine Chance auf sinnvolle Nutzung abzurufen. Linden-Limmer ist ein sehr lebendiger Stadtbezirk. Das Miteinander ist stärker als das Nebeneinander, im Sozialen wie auch im Kulturellen. Die Menschen hier sind unglaublich stark organisiert und vernetzt, in zahllosen Vereinen und Initiativen. Und Grün gehört dazu.

Jörg Schimke
joerg_schimke@yahoo.de



AUS DEM RATHAUS

Haushalt, Haushalt, ...immer wieder Haushalt!

Nein, nicht putzen, abwaschen oder staubsaugen ist damit gemeint, sondern die Beratungen zum städtischen Haushalt 2008, die für die kommenden Wochen wieder anstehen.

Bedingt durch die Kommunalwahl muss sich die Ratsfraktion in diesem Jahr der Aufgabe gleich zweimal stellen, denn gleich im Januar haben wir den Haushalt 2007 beraten, nun steht der Haushalt 2008 auf dem Programm - und alles beginnt von vorne!

Der nun vorgelegte Haushaltsentwurf für 2008 gibt Anlass zur Hoffnung, denn jahresbezogen - also strukturell - legt die Stadtverwaltung einen ausgeglichenen Haushalt vor.

Skepsis und Vorsicht sollten wir Grüne aber trotzdem walten lassen, denn schnell kann sich das Blatt wenden, wie das jüngste Beispiel gezeigt hat: Steuerrückforderungen in Höhe von 64 Mio. Euro musste die Stadt an ein großes Telekommunikationsunternehmen zahlen – ein Einbruch bei den Gewerbesteuern, vor dem wir auch in Zukunft nicht gefeit sein werden.

Ziel grüner Finanzpolitik in Hannover war es immer, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt dauerhaft zurück zu gewinnen, um nachfolgenden Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen, neu investieren zu können und den städtischen Haushalt langfristig auf sichere Beine zu stellen.

Um diesem Ziel immer näher zu kommen, müssen aber auch die Altdefizite weiterhin konsequent abgebaut werden, die wir weiterhin vor uns herschieben.

Grün-Rot hat seit 1994 insgesamt fünf Haushaltssicherungskonzepte (bisher Haushaltskonsolidierungsprogramme) mit einem Gesamtplanungsvolumen von 451 Mio. Euro beschlossen und umgesetzt.

Schmerzhaft eingeschränktungen mussten hingenommen und unpopuläre Entscheidungen getroffen werden. Aber: Nur durch den von Grün-Rot ein-

geschlagenen Weg der konsequenten Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre ist es nun erstmals gelungen, die Kommunalaufsicht davon zu überzeugen, in den nächsten 5 Jahren eine Neuverschuldung von jährlich 25 Mio. Euro für die dringend notwendigen Sanierungen von Schulen zu genehmigen, die wir bereits in unserem Wahlprogramm als erste Priorität ausgewiesen haben. Ein Erfolg, mit dem der Sanierungsstau der letzten Jahre endlich angegangen werden kann!

Um den Abbau der Altdefizite fortzuführen, schlägt die Stadtverwaltung für die Jahre 2008 und 2009 das Haushaltssicherungskonzept VI vor, das ein Gesamtvolumen von 30 Mio. Euro erbringen soll durch

- Absenkung der städtischen Personalausgaben in Höhe von 10 Mio. Euro,
- Begrenzung der Ausgabens-teigerung um 15 Mio. Euro und
- Erhöhung der Gewinnabführungen der städtischen Beteiligungen um 5 Mio. Euro.

Dieser Vorschlag soll zusammen mit dem Haushalt 2008 am 20.12.2007 vom Rat beschlossen werden.

Es gilt also für alle Beteiligten, mit Bedacht und Fingerspitzengefühl in die Beratungen zum Haushalt 2008 einzusteigen!

Die einzelnen Fachbereiche werden in den AGen der Ratsfraktion beraten, Termine findet Ihr unter www.gruene-hannover.de.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH zu 25 bewegten Jahren!

Auf diesem Wege gratuliert die Ratsfraktion aus der Landeshauptstadt noch mal der grünen Fraktion im Niedersächsischen Landtag und wünscht viel Kraft und Erfolg für den Landtagswahlkampf!

Eure Ratsfraktion
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 446 19

Die Grüne Jugend, die Verkehrs-AG, die Wirtschafts-AG und Grüne aus der Regionsfraktion waren für den 19. Juli eingeladen, um die Üstra in ihrem Busdepot Süd in Mittelfeld zu besuchen. Ausgangspunkt für den Besuch war ein entsprechender Wunsch von der Grünen Jugend gegenüber Michael Dette, der sich daraufhin für diesen Termin eingesetzt hat. Freundlich empfangen wurden wir von Herrn Lindenberg, dem Üstra Vorstand für die Bereiche Betrieb und Personal, Herrn Friebe, Unternehmensbereichsleiter Bus, und Herrn Ernsting vom Umweltmanagement.

Ein Thema war die Üstra als kommunales, öffentliches Unternehmen. Ihre Unternehmenspolitische Aufgabe ist es, in Abstimmung mit den Anforderungen des Aufgabenträgers Region Hannover den BürgerInnen ein attraktives Mobilitätsangebot zu bieten. Mit ihren Leistungen trägt die Üstra wesentlich zu einem nachhaltigen Verkehrssystem in der Region Hannover bei, das heißt zur Lebensqualität und zum ökologischen Gleichgewicht, zur ökonomischen Prosperität und volkswirtschaftlichen Effizienz sowie zur sozialen Integration und Teilhabe. Als Schwerpunktthema entwickelte sich im Verlauf des Vortrages und der Diskussion das Thema umweltfreundliche Motortechniken für Busse wie Erdgasantrieb, Dieselantrieb mit

Grüne vor Ort

Zu Besuch bei der Üstra

Grüne zu Gast im Busdepot Süd in Mittelfeld



Klimafreundlicher Euro-5-Bus der Üstra.

Foto: J. Rutzen

Schadstoffnorm Euro 5 und Hybridantrieb. Spannend war, dass bei einem Vergleich bei Bussen der Antrieb mit einem modernen Dieselmotor (Euro 5, Partikelfilter und ad blue/Harnstoff zum Stickoxidabbau) besser abschneidet als ein Erdgasantrieb. So hat ein moderner Dieselmotor folgende Vorteile: geringerer Kraftstoffverbrauch, geringerer CO2-Ausstoß (bezüglich Stickoxiden und Partikeln keine Unterscheidung zu Erdgas), Tanken an jedem

Standort möglich (Erdgasbusse müssen in Vahrenwald tanken). Darüber hinaus sind Dieselmotoren in der Anschaffung und in der Instandhaltung günstiger. Demnach bestehen in verschiedener Hinsicht klare Vorteile für die Dieselmotoren. Uns haben diese Argumente überzeugt. Erdgasbusse sind laut Messungen zwar leiser als Dieselmotoren, allerdings werden Erdgasbusse wegen ihrer Lüfter als lauter empfunden. Ein nicht überraschender, aber

dennoch erwähnenswerter Vergleich ist der: Die Üstra produziert mit ihrem Stadtverkehr ein Drittel an CO2 gegenüber dem PKW (bezogen auf Personenkilometer). Interessant ist auch folgender Hinweis: Die CO2-Bilanz für die Üstra zwischen 1990 und 2005 zeigt einen Emissionsrückgang um 22 Prozent. Im Vergleich dazu beträgt die CO2-Reduzierung in der stadtweiten Bilanz für Strom, Wärme und Verkehr 7,5 Prozent. Diese Zahlen sprechen für sich.

Trotz dieser guten Zahlen bleibt die Üstra im Umweltschutz ambitioniert. Sie beschäftigt sich beispielsweise mit dem Hybridbus, der kurz vor der Markteinführung steht. Mit der Kombination aus einem Elektro- und einem herkömmlichen Verbrennungsmotor (Diesel oder Gas) können der Kraftstoffverbrauch sowie Lärm- und Abgasemissionen weiter reduziert werden. Möglich wird das, indem die Bremsenergie in einer Spezialbatterie gespeichert wird. Beim Beschleunigen unterstützt der Elektromotor den Diesel- oder Gasmotor, so dass der Bedarf fossiler Energie weiter reduziert werden kann.

Es bleibt interessant bei der Üstra, ein nächster Besuch dürfte wieder spannend werden!

Michael Dette
michael.dette@hannover-rat.de



Nachruf

Wir trauern um Hannes Baumann

Am 3. September 2007 ist Hannes Baumann im Alter von 73 Jahren gestorben.

Hannes war ein Grüner der ersten Stunde und trat bereits im März 1978 der Vorläuferorganisation der niedersächsischen Grünen, der Grünen Liste Umweltschutz, bei.

Schon früh hat er seine politischen Visionen gelebt und mit bemerkenswerter Kontinuität und Prinzipientreue ökologische Projekte vorangetrieben.

Als umweltbewegten Stadtplaner war ihm ein ökologischer

orientierter Stadtumbau mit Alternativen zum Auto ein besonderes Anliegen.

Außerhalb der Kommunalpolitik setzte sich Hannes gegen die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie ein.

Hannes war mit seinem Engagement für viele Menschen ein Vorbild und konnte sie mit seiner ausgleichenden Art für sich gewinnen.

Bündnis 90/Die Grünen bedanken sich für den Einsatz von Hannes und wünschen seiner Familie alles Gute!

Wir trauern

Gonca Strobl ist tot

Nachruf von Bürgermeisterin Ingrid Lange

Wir erinnern: Gonca war seit 1996 Mitglied in unserer Partei Bündnis 90/Die Grünen. Sie war von Anfang an aktiv und wurde oft auf Landes- und Bundesparteitage delegiert.

Wir erinnern: Gonca war von 1998 bis 2001 stellvertretende Bezirksbürgermeisterin im Stadtbezirk Linden. Das war sie als „Lindenerin“ sehr gerne. Sie liebte diesen multikulturellen Stadtbezirk und bezeichnete sich selber oft als österreichische Türkin.

Wir erinnern, Ihre Mutter ist in der Türkei geboren und ihr Vater in Österreich. Sie leben schon

länger als 40 Jahre in Hannover. Ihnen gilt unser Mitgefühl.

Wir erinnern: Gonca feierte unvergessliche Feste mit ihrem Andreas Wend in der Nedderfeldstraße 1. Hier ist sie am 6. September 2007 gestorben. Andreas wir trauern mit Dir.

Wir sind sehr traurig. Wir denken an Gonca und sehen sie vor uns, diese tolle junge schwarzhäufige Frau. Gonca war kreativ, einfallsreich. Sie machte ihr Ding und ließ sich nie vereinnahmen. Sie war in der Tat eine Power-Frau! Gonca wurde nur 44 Jahre alt.

Wir vermissen sie sehr.

Die aktuelle politische Debatte erscheint paradox. Während die deutschen Unternehmen und Arbeitgeberverbände vehement nach mehr ausländischen Fachkräften schreien, sind sie andererseits nicht bereit, hunderttausenden ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres im September 2007 ist kein Hoffnungsschimmer in Sicht. Auch dieses Jahr stellt die Wirtschaft nach Daten der Bundesagentur für Arbeit nur rund 416.000 Plätze zur Verfügung, wovon 86.000 Plätze noch unbesetzt sind. Viel zu wenig, um alle 710.000 BewerberInnen unterzubringen. Werden die außerbetrieblichen Ausbildungsplätze – z.B. schulische Ausbildungen – dem Gesamtangebot hinzu gerechnet, sind derzeit immer noch mehr als 161.000 Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. So steigt Jahr für Jahr die Zahl der „AltbewerberInnen“, die ihr Dasein in der Erwerbslosigkeit oder in „Warteschleifen“ fristen. So fanden 2006 rund 160.000 BewerberInnen nach einer Studie des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) keinen Ausbildungsplatz.

Umlegen, bitte!

Die katastrophale Lage ist nicht verwunderlich, bilden doch nur 23 Prozent (!) aller Unternehmen in der Bundesrepublik noch aus. 500.000 Betriebe wären nach einer Erhebung des IAB in der Bundesrepublik personell dazu in der Lage zusätzlich selber auszubilden. Die Zeit ist deshalb schon lange überfällig für die Einführung einer solidarischen Ausbildungsplatzumlage. Das ist auch und gerade im Interesse der vielen klein- und mittelständischen Unternehmen, die sich – anders als die meisten Großkonzerne – für die betriebliche und gesellschaftliche Zukunft engagieren und durch eine Umlage finanziell entlastet werden. Die Umlage stellt dabei keine Strafsteuer dar, sondern eine Abgabe für die Unternehmen, die unterhalb einer festgesetzten Ausbildungsquote liegen, bei der auf 100 ausbildungswillige Jugendliche 112 angebotene Ausbildungsplätze kommen müssen. Die Abgabe fließt in einen Ausbildungsfond, mit dem Ausbildungsplätze in Unternehmen, die oberhalb dieser Quote liegen,

Wider die Ausbildungsmisere

Jetzt ausbilden. Für Morgen.

Seit Jahren fehlen zu Beginn des Ausbildungszeitraums im September hunderttausende Ausbildungsplätze. Der Sockel an un ausgebildeten AltbewerberInnen und arbeitslosen Jugendlichen wächst und wächst. Sven-Christian Kindler, Mitglied im Parateirat Niedersachsen, fordert jungen Menschen endlich wieder eine Perspektive zu bieten und dafür eine solidarische Ausbildungsplatzumlage einzuführen.



Schlange stehen für Lehrstellen: Aktion des DGB am 25. Juni in Berlin. Foto: Helmut Bieß/DGB

finanziell unterstützt werden. Auch Gewerkschaften und der Staat müssten sich an der Umlagefinanzierung beteiligen. In der seit Jahren schrumpfenden Bauindustrie hat sich die Ausbildungsplatzumlage mehr als bewährt, so dass eine vergleichsweise hohe Ausbildungsquote in der Branche erzielt wird.

"Moderne Sklaverei"

Am Anfang war für Jaqueline alles schön. Sie hatte endlich eine Ausbildung als Hotelfachfrau gefunden. Doch dann fingen die Probleme an. Ihre 40-Stunden Woche steht auf dem Papier. In der Regel sind es eher 70 Stunden, die Überstunden werden nicht bezahlt, und wenn sie Glück hat, hat sie einen Tag in der Woche frei. Sie sagt selbst: „Das ist doch moderne Sklaverei!“ Sara, die eine Ausbildung zur Textileinigerin absolviert, hat ähnliche Erfahrungen gemacht: „Ich will nicht mehr. Wir werden ausgebeutet von A bis Z, und so richtig beigebracht wird uns nur was in der Schule!“ Die Schicksale von Jaqueline, Sara und vielen

anderen Auszubildenden sind dokumentiert im „Schwarzbuch Ausbildung“ des DGB, in dem Mängel und Missstände in der Ausbildung aufgedeckt werden. Diese Fälle machen deutlich, dass die im Rahmen einer Umlage rein quantitative Schaffung von Ausbildungsplätzen nie das alleinige Ziel sein kann. Um Dumping und Ausbeutung in der Ausbildung zu verhindern, ist deshalb eine Zertifizierung für Ausbildungsbetriebe notwendig, um durch unabhängige Kontrollen zu gewährleisten, dass sich Unternehmen an die tariflichen und gesetzlichen Regelungen bei der Ausbildung halten.

Bildung ganzheitlich sehen

Eine Grüne Bildungspolitik sollte den Bereich der Ausbildung nicht isoliert betrachten, sondern in ein integriertes Gesamtsystem stellen. Teilweise zu Recht beklagen ArbeitgeberInnen die mangelnde Ausbildungsfähigkeit von BewerberInnen. Das Schulsystem sollte deshalb nach Grünen Vorstellungen mit einer gemeinsamen "Neuen Schule" auf die bestmög-

liche Förderung der SchülerInnen eingehen, um jungen Menschen die aktive und selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, wozu auch – aber nicht nur – der Arbeitsmarkt zählt. Weiterhin muss die zunehmende Ökonomisierung der Bildung (Gebühren für KiTa und Studium, eingeschränkte Lernmittelfreiheit) gestoppt werden, da gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten dadurch schlechtere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben, unter anderem weil auch immer mehr AbiturientInnen sich wegen der Belastungen durch die Studiengebühren für eine Ausbildung entscheiden. Doch die Defizite im Bildungssystem dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unternehmen sich durch eine solidarische Ausbildungsplatzumlage – auch in ihrem eigenen Interesse – angemessen an der Finanzierung und Ausgestaltung des Bildungssystems beteiligen müssen.

Für Morgen ausbilden

Grüne Politik tritt ein für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Bildung ist einer der Schlüssel um diese beiden elementaren Ziele zu erreichen. Gerade für junge Menschen ist eine flächendeckende und qualifizierte Ausbildung von enormer Bedeutung, um ihnen eine echte Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft zu geben. Auch die Wirtschaft, die jetzt noch über den selbstverschuldeten Fachkräftemangel klagt, profitiert von einer konsequenten Förderung von Auszubildenden. Die Weichen für Morgen werden jetzt gestellt und dabei wird zentral sein, welchen Weg unsere Gesellschaft wählt. Wir können den eingeschlagenen Pfad weiter gehen. Dann werden hunderttausende Jugendliche weiterhin ohne Aussicht auf Ausbildung alleine gelassen werden und können sich langfristig auf eine „Karriere“ in der Erwerbslosigkeit einstellen. Oder wir versuchen den jungen Menschen in diesem Land wieder eine Perspektive zu geben und ihnen durch eine Ausbildung die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen. Die Weichen für Morgen werden jetzt gestellt. Für welchen Weg entscheiden wir uns?

Sven-Christian Kindler

sven.kindler@
gruene-jugend.de



In karibischen Gefilden

Bündnisoptionen: Zwischen Kuba und Jamaika

Diskussionen um zukünftige politische Koalitionen sind zu einem Dauerbrenner geworden. Ganz gleich, ob mensch die These teilt, dass durch das Aufbrechen des Vierparteiensystems Dreierbündnisse die einzige realistische Gegenoption zur großen Koalition bilden - das traditionelle politische Farbentableau ist in Bewegung geraten. Egal ob in der "Ampel" (SPD, FDP und Grüne), der "Jamaika"- (CDU, FDP und Grüne) oder der "Kuba"-Koalition (SPD, Die Linke und Grüne) - den Grünen wird dabei in fast allen potenziellen Dreierbündnissen eine Schlüsselrolle zugesprochen.

Am 2. August bot der Stadtverband unter dem Motto "Zwischen Kuba und Jamaika" für alle im Sommer Daheimgebliebenen aus gegebenem Anlass einen Kurztrip in die Karibik: Bei einem Cocktailabend wurden grüne Bündnisoptionen von morgen diskutiert.

Zu Reggae-Klängen und einer entsprechenden Deko fanden sich interessierte Mitglieder im

Grünen Zentrum ein, um bei dem ein oder anderen Cocktail über grüne Koalitionsoptionen ins Gespräch zu kommen. Auch das Cocktail-Angebot war auf das politische Thema des Abends zugeschnitten.

So konnten die Gäste zwischen einem Mojito (für Kuba), Jamaica Inn (für die Jamaika-Koalition), Semaforo ("Ampel") und der Grünen Witwe (Grüne in der Opposition) wählen.

Wenn auch aus den kontroversen Diskussionen keine Mehrheit für eine bestimmte Konstellation auszumachen war - mehrheitlich sprachen sich die Anwesenden dafür aus, dass die Grünen am besten so stark sein sollten, dass sie gar keinen Koalitionspartner brauchen - so war doch bei der Cocktailwahl ein eindeutiges Votum auszumachen: Der größten Beliebtheit erfreute sich die Ampel-Koalition (Semaforo), dicht gefolgt von einem Kuba-Dreierbündnis (Mojito). Das Ergebnis wird in Kürze an den Bundesvorstand weitergegeben.

I M P R E S S U M

Die Grünen Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbandes Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, Tel. 0511/300 88 66, Fax 300 89 66, region@gruene-hannover.de.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Pat Drenske, Anne Dalig, Harry Hoppe, Annika Fischer, Katja Busch, Michael Pelke, Enno Hagenah, Maaret Westphely, Ursula Helmhold, Hannelore Heidecke, Andreas Hartig, Jeanette Weinrich, Ruth Wenzel, Inken Schmersow, Jan Haude, Mark Meißner, Jörg Rutzen, Jörg Schimke, Birgit Teschner, Günter Wulfert, Ingrid Lange, Sven-Christian Kindler, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 1316224

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

"Grüne Seiten" werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im Januar 2007.

**Bündnis 90/Die Grünen,
Senior-Blumenberg-Gang 1,
30159 Hannover,**

**Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66**

**E-Mail: region@gruene-hannover.de
Internet: www.gruene-hannover.de**

**Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10**

T E R M I N E

- | | | | |
|--|--------------|--|--------------|
| 01.10.
AG Soziales & Gesundheit, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG (bis 20:30 Uhr) | 18:30 | 17.10.
AG Wirtschaft, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG (bis 19:00 Uhr) | 17:00 |
| 02.10.
AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG (bis 20:30 Uhr) | 18:30 | 19.10.
Streitgespräch: Zukunft von VW und Zukunft der Landesbeteiligung | 16:00 |
| 04.10.
AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG (bis 20:30 Uhr) | 18:30 | 29.10.
AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG (bis 20:00 Uhr) | 18:00 |
| 08.10.
AG Bauen, Wohnen, Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG (bis 20:00 Uhr) | 18:00 | 06.11.
Fachgespräch zum Fachkräftemangel und zur Arbeitsmigration | |
| 13./14.10.
LDK zum Wahlprogramm in Oldenburg | | 09.11.
Präsentation Wahlkampagne Landesverband | |
| 15.10.
AG Personal & Organisation, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG (bis 17:30 Uhr) | 15:30 | 12.11.
Verkehrs-AG (Schwerpunkt Region) Thema Haushalt, Hildesheimer Straße 20 | 17:30 |
| 15.10.
AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG (bis 20:00 Uhr) | 18:00 | 23./25.11
BDK in Nürnberg | |
| 15.10.
Energietour der Bundestagsfraktion, Diskussionsveranstaltung in Hannover | | 08.12.
Grüner Flohmarktstand Teil 1 | |
| 16.10.
AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG (bis 20:15 Uhr) | 18:15 | 15.12.
Grüner Flohmarktstand Teil 2 | |
| 16.10.
AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG (bis 20:15 Uhr) | 18:15 | 11.01.
Wahl-LDK in Hannover | |
| 16.10.
AG Frauen, Ort wird noch bekannt gegeben (bis 20:30 Uhr) | 18:30 | 16.01.
Öffentliches Pokern um den Klimaschutz mit Jürgen Trittin | 19:00 |
| 17.10.
Treffen der Grünen in der Metropolregion, Hildesheimer Straße 20, Raum 62 | 17:00 | 24.01.
Wahlkampf-Abschlussaktion der Landespartei | |
| | | 27.01.
Landtagswahl | |

Weitere Termine:
www.gruene-hannover.de



Die Grüne Jugend trifft sich jeden Mittwoch um 18.00 Uhr im Grünen Zentrum! InteressentInnen sind herzlich Willkommen!

Mitgliedsbeiträge und Spenden

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht!

Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.